

ANDRÄ RUPPRECHTER
Bundesminister



VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

95/4.3

GZ: LE.2.3.2/0010-EU-Koord LW/2016

Wien, am 17. März 2016

Gegenstand: Bericht über die 3.446. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel am 15. Februar 2016

Am 15. Februar 2016 fand die 3.446. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft) in Brüssel statt.

TOP Annahme der Tagesordnung und die Liste der A-Punkte

Die Tagesordnung und die Liste der A-Punkte wurden ohne Einwände angenommen.

TOP Arbeitsprogramm des Vorsitzes

– **Vorstellung durch den Vorsitz
(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)**

Der Vorsitz präsentierte sein Arbeitsprogramm. Wichtige Grundsätze seien ein integrierter Ansatz, Innovation und Nachhaltigkeit, Transparenz bei der Produktion, der Gesundheitsaspekt sowie die Erhaltung kleiner landwirtschaftlicher Betriebe.

Ein wichtiges Thema werde die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sein, womit sich der Informelle Rat im Mai 2016 auseinandersetzen wird. Zur Frage der Lebensmittelverschwendung und -verluste wird es am 29. März 2016 eine Konferenz geben.

Weitere Prioritäten des Vorsitzes sind Pflanzenpatente und Rechte von Pflanzenzüchtern, Antibiotikaresistenzen sowie die Entwicklung der Agrarmärkte. In diesem Zusammenhang ist für Juni 2016 ein erster Fortschrittsbericht der Market Task Force geplant. Eine politische Einigung sei bei den Themen biologische Landwirtschaft und amtliche Kontrollen vorgesehen.

Die Arbeiten zur Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik werden fortgesetzt. Der Vorsitz sprach drei Dossiers an: den mehrjährigen Ostseeplan, die Fanggenehmigungen für die Außenflotten und die technischen Maßnahmen.

Die Europäische Kommission nahm das Programm des Vorsitzes positiv zur Kenntnis und kündigte an, sich konstruktiv in die Arbeiten zur biologischen Landwirtschaft einbringen zu



wollen. Zur Vereinfachung der GAP verwies die Kommission auf das vorgelegte Vorschlagspaket zu delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten.

TOP Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die nachhaltige Bewirtschaftung von Außenflotten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1006/2008 des Rates

(erste Lesung) Interinstitutionelles Dossier: 2015/0289 (COD)

- **Vorstellung durch die Kommission**
- **Gedankenaustausch**

Die Kommission präsentierte den Vorschlag als Beitrag zur Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik mit dem Ziel umfassender und präziser Regelungen. Neu sind u.a. direkte Genehmigungen außerhalb partnerschaftlicher Fischereiabkommen und Bedingungen für das Umflagen. Die Kommission strebt keine Erhöhung des Verwaltungsaufwands an. Die Regeln der regionalen Fischereiorganisationen (RFOs) bleiben bestehen. Die neue Verordnung soll einen guten Überblick über die Fischereitätigkeiten geben und dadurch einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen IUU (illegal, unreported, unregulated) – Fischerei leisten.

Eine überwältigende Mehrheit von Mitgliedstaaten unterstützte den Vorschlag grundsätzlich, äußerte aber unterschiedliche Bedenken und Anliegen:

- Verwaltungsbelastung
- Verhältnis zu RFOs
- Erhalt der relativen Stabilität bei Neuaufteilung ungenützter Quoten
- Fairer Wettbewerb zwischen EU- und Drittstaatenflotten
- Zu viel Einfluss für die Kommission
- Zu strenge Sanktionen

Die Kommission sagte zu, die Bemerkungen der Mitgliedstaaten in konstruktiver Weise in die weitere Arbeit einfließen zu lassen. Der Vorsitz folgerte, die Präsentation der Kommission und die Bemerkungen der Mitgliedstaaten zur Kenntnis genommen zu haben und kündigte eine allgemeine Ausrichtung für den Rat im Mai / Juni 2016 an.

TOP Tierschutz – Nächste Schritte

- **Vorstellung eines Positionspapiers der deutschen, der schwedischen, der dänischen und der niederländischen Delegation**
- **Gedankenaustausch (Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)**

Auf Basis des vorgelegten Positionspapiers wurde ein Gedankenaustausch geführt. Die überwiegende Mehrheit der Delegationen äußerte sich positiv zur Errichtung einer Plattform. Mehrere Delegationen unterstützten diese unter der Bedingung, sich auf die Umsetzung des geltenden Rechts zu beschränken. Eine größere Anzahl der Delegationen verwies auf die aktuelle Marktkrise und die Wettbewerbsfähigkeit mit Drittländern. Die Kommission äußerte sich zurückhaltend, wollte die Idee einer Plattform aber überdenken und verwies auf den Workshop am 23. und 24. Februar 2016 zum Thema Tierschutz.

Die Präsidentschaft hielt abschließend die grundsätzlich positive Einstellung des Rates fest.

TOP Internationale Agrarhandelsfragen

- **Erläuterungen der Kommission zum Sachstand**

Der Vorsitz verwies auf die jüngsten Entwicklungen im internationalen Handel, wie die WTO Konferenz in Nairobi oder die laufenden TTIP Verhandlungen.

Agrarkommissar Hogan gab einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen. Er stellte seine Wirtschaftsoffensive vor, die ihn in Begleitung von Schlüsselpersonen aus der Wirtschaft nach Mexiko und Kolumbien führte. Die Ergebnisse der WTO Konferenz in Nairobi beurteilte er positiv, da sie der EU durch die Abschaffung der Exportsubventionen ein internationales level playing field verschafften. Enttäuscht zeigte er sich über die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der amerikanischen Delegation in den TTIP-Runden.

Die Mitgliedstaaten dankten für die Initiative und begrüßten die neuen Marktchancen. Bei den großen Verhandlungsrunden, wie TTIP und Mercosur, sei im Hinblick auf die Gefährdung für den EU-Agrarsektor und die hohen Standards Vorsicht geboten. Einige Delegationen ersuchten um eine kumulative Folgenabschätzung.

Kommissar Hogan sprach sich gegen ein „TTIP light“ aus, das nur einen Abbau der Zölle beinhalten würde. Das Abkommen müsse wesentlich umfassender sein, auch nicht tarifäre Handelshemmnisse oder Dienstleistungen beinhalten. Die angesprochene amerikanische Studie, die vor allem Vorteile für den amerikanischen Agrarsektor durch TTIP in Aussicht stelle, entbehre jeder Grundlage, da sie von völliger Liberalisierung ausgehe. Kommissar Hogan werde keinesfalls auf einen raschen Abschluss drängen, die Inhalte müssten passen.

Der Kommissar stellte zu möglichen Mercosur-Verhandlungen eine Folgenabschätzung in Aussicht und ersuchte die MinisterInnen, ihre HandelskollegInnen auf eine Erneuerung des 15 Jahre alten Mandats anzusprechen. Er selbst arbeite eng mit Handelskommissarin Malmström zusammen.

Weiteres wurde eine Reihe von weiteren bilateralen Abkommen, wie Vietnam und Japan, angesprochen und der Kommissar würdigte die EU als weltweit größten Agrarexporteur 2015 – trotz Russlandkrise und sinkender Wirtschaftsleistung Chinas. Der Kommissar versprach die Vorlage einer kumulierten Folgenabschätzung der Abkommen für die EU Landwirtschaft in sechs Monaten.

Der Vorsitz ersuchte den Kommissar, den Rat regelmäßig über die Entwicklungen zu informieren.

TOP Langfristige Strategie für landwirtschaftliche Forschung

- **Vorstellung durch die Kommission**
- **Gedankenaustausch**

Die Europäische Kommission stellte die langfristige Strategie zur Agrarforschung sowie die Ergebnisse ihrer Konferenz „Designing the path: a strategic approach to EU agricultural research and innovation“, 26. bis 28. Jänner 2016 in Brüssel, vor.

Diese Konferenz soll dazu beitragen große globale Herausforderungen mit Forschung und Innovation zu verknüpfen. Ein Netzwerk zur Erforschung der Tiergesundheit sei bereits auf den Weg gebracht worden. Des Weiteren ging es um eine bessere Nutzung bestehender Instrumente der Forschungscoordination und um eine Vernetzung.

Die Kommission regte an, Forschung regelmäßig auf die Ratstagesordnung zu setzen.

Viele Delegationen begrüßten eine europäische Forschungs- und Innovationsstrategie. Österreich betonte die Bedeutung einer praxisnahen, breit angelegten Strategie. Es gab auch Forderungen, die Gegebenheiten in Mittel- und Osteuropa zu berücksichtigen und auf

Chancengleichheit der Wissenschaftler in den allen Mitgliedstaaten zu achten. Mehrere Delegationen, auch Österreich, forderten die Berücksichtigung der Forstforschung.

Die Kommission wird die Arbeiten bis April 2016 abschließen.

TOP Sonstiges

- a) **Konferenz über Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe (Amsterdam, 9./10. Februar 2016)**
– **Informationen des Vorsitzes**

Die Präsidentschaft informierte über die Konferenz über die Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe der Gesundheits- und LandwirtschaftsministerInnen, die Konferenz eine umsichtige Anwendung von Antibiotika bei Mensch und Tier für wichtig hielt und sich auf wichtige Punkte wie Aktionspläne, effektive Politik sowie begrenzten Einsatz von Antibiotika im Veterinärbereich einigte. Die Präsidentschaft will auf den Konferenzergebnissen aufbauen und Ratsschlussfolgerungen in den Räten Gesundheit und Landwirtschaft annehmen.

Die Kommission hielt eine Unterstützung des „one health“ Ansatzes fest sowie die Relevanz der Forschung und der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern. Die Minister müssten sich bei der Überwachung einbringen.

- b) **Afrikanische Schweinepest**
– **Informationen der polnischen Delegation**

Die Präsidentschaft verwies auf die eingehenden Diskussionen im Kommissionsausschuss.

Die polnische Delegation machte auf die wirtschaftlichen Folgen aufmerksam. Derzeit sei die Lage stabil und Polen kontrolliere auf seinem Gebiet. Polen kritisierte aber die zu strengen Restriktionen im Ausschussbeschluss. Man müsse die sozioökonomischen Auswirkungen und Polens Verantwortung gegenüber einer Einschleppung in die EU berücksichtigen.

Polen ersuchte Kommissar Andriukaitis, die Ukraine finanziell zu unterstützen und die Grenze hin zur Ukraine zu schützen. Polen wurde von zehn Mitgliedstaaten unterstützt, die auch eine finanzielle Unterstützung anderer an die Union angrenzender Staaten forderten.

- c) **Schwierige Lage auf den Sektoren Milch und Schweinefleisch**
– **Informationen der polnischen Delegation**

Gemeinsam behandelt mit

- d) **Marktlage**
– **Informationen der spanischen Delegation**

Die Präsidentschaft verwies auf die Noten der beiden Delegationen als Vorbereitung auf die Diskussion beim Mittagessen.

Die polnische Delegation verwies auf die schwierige Situation im Milch- und Schweinesektor. Der Forderungskatalog umfasste die Verlängerung der Privaten Lagerhaltung für Schweinefleisch, weitere Marktstützungsmaßnahmen für Milch und Milchprodukte, die Aufhebung des Russland-Embargos sowie zusätzliche Finanzmittel, die Gewährung von Exporterstattungen und die Gründung einer Marktbeobachtungsstelle für Schweinefleisch. Die bisherigen Maßnahmen konnten die Verschärfung der Situation nicht verhindern, die

Produzenten eine ökonomisch schwierige Situation zu erleiden, ohne dafür verantwortlich zu sein.

Die spanische Delegation berichtete über die schwierige Situation im Schweinefleisch-, Obst- und Gemüse-Sektor. Vor allem Importe aus Drittstaaten führten zu einem Überangebot am Markt und sinkenden Preisen. In Verbindung mit sinkendem Konsum setzte sich der negative Trend des Vorjahres fort. Besonders problematisch sei die Situation für den Tomaten-Sektor. Das Krisenmanagement durch Produkt-Rücknahme vom Markt sei ineffizient, weil es von den ProduzentInnen nicht angenommen werde. Bei den Maßnahmen, die wegen des russischen Embargos eingeführt wurden, gebe es Handlungsbedarf, da diese im Juni auslaufen würden.

Ich stelle sohin den

A n t r a g

Die Bundesregierung wolle den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

Der Bundesminister:
Rupprechter